Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

13.03.1987 - Drucksache 11/891

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/891
13. 03. 87

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD

Nachdenken über deutsche Geschichte

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) widerspricht der Auffassung einzelner Repräsentanten der Bremer CDU, das Denkmal „Dem unbekannten Deserteur" im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Vegesack sei eine Verhöhnung aller im Kriege verwundeten oder gefallenen Soldaten.

Dies ist ebenso falsch wie der Versuch, aus der Verweigerung des Waffendienstes für Hitler andere rechtliche Konsequenzen ziehen zu wollen als sie die Gesetzgeber des Grundgesetzes gezogen haben, welche die Kriegsdienstverweigerung unter den ausdrücklichen Schutz unserer Verfassung stellten und in Artikel 20 gegen ein verbrecherisches Regime das Recht des Widerstandes gaben.

Die Bürgerschaft (Landtag) wehrt sich gegen alle Versuche, die Soldaten, welche in der Erkenntnis der Unrechtsherrschaft und der Kriegsverbrechen Hitlers die Waffen weggeworfen oder die Front zu den Alliierten gewechselt haben, auszuspielen gegen diejenigen, welche als Widerstandskämpfer Waffengewalt gegen das Unrechtsregime anwendeten oder planten oder auszuspielen gegen diejenigen, die unter dem Zwang der Verhältnisse den Krieg als deutsche Soldaten bis zum bitteren Ende erlitten. Hochachtung ist auch denjenigen gegenüber angebracht, die im zivilen täglichen Leben Standhaftigkeit bewiesen haben und Humanität unter Gefährdung des eigenen Lebens.

Die Bürgerschaft (Landtag) teilt die Meinung des Bundespräsidenten, der am 8. Mai 1985 erklärte: „Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: Das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient."

Zur Gerechtigkeit bei der Aufarbeitung der Vergangenheit gehört es ebenso,

— diejenigen zu ehren, die trotz Drohung mit KZ und Tod Hitler den Kriegsdienst verweigerten,

— diejenigen zu ehren, die in der Erkenntnis des Charakters des verbrecherischen Regimes die Waffen wegwarfen und sich in Gefangenschaft der Alliierten begaben oder nach ihrem Verständnis freiwillig den Tod suchten,

— diejenigen zu ehren, die aus der hoffnungslosen Kriegslage die Konsequenzen gezogen haben und zu Tausenden von den „Kettenhunden" der Wehrmacht den Standgerichten zugeliefert oder gleich aufgehängt oder erschossen worden sind.

Diese Menschen haben wie die Widerstandskämpfer gegen Hitler schon vor dem 8. Mai 1945 die Wahrheit erkannt und nach ihrem Gewissen gehandelt.

Auch die Deserteure der Hitlerwehrmacht haben sich um die Beendigung des Krieges verdient gemacht: Wäre dieser Krieg nie begonnen worden, so wären Europa 36 Millionen Tote erspart geblieben; wäre er mit dem Sturz Hitlers am 20. Juli 1944 beendet worden, so wären noch zweieinhalb Millionen deutsche Gefallene am Leben geblieben; wäre er über den 8. Mai 1945 hinaus verlängert worden, so wäre er zum Schluß in einen Atomkrieg übergegangen.

Die Bürgerschaft (Landtag) hält es im Sinne von Lernen aus der Geschichte für dringend erforderlich, diese Zusammenhänge deutlich zu machen wie auch die grundsätzlichen Unterschiede zwischen dem Soldatentum des Naziregimes und dem Wehrdienst der Bundesrepublik Deutschland sowie den Rechten von Soldaten und Kriegsdienstverweigerern heute und der Rechtlosigkeit damals. Im Zuge dieser Debatte gilt es deutlich zu machen, daß die demokratische Bundesrepublik die Gewissen ihrer Soldaten nicht vergewaltigt und keine „Pflicht zum absoluten Gehorsam" behauptet.

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, daß die Aufstellung des Denkmals für die Deserteure des Zweiten Weltkrieges die Diskussion über diesen verdrängten Punkt deutscher Geschichte belebt hat.

Sabine Uhl, Kunick und Fraktion der SPD

Druck: Anker-Druck Bremen